

Auszug aus **Wurzelwerk** bei **Context XXI**

(<http://contextxxi.org/1-allgemeine-grundsätze.html>)

erstellt am: 19. April 2024

Datum dieses Beitrags: September 1982

Allgemeine Grundsätze

1. Präambel

Die GRÜNEN ALTERNATIVEN stellen die Wegweiser um: Nicht weiter auf der Schnellstraße zur Lebensverarmung und zur Endkatastrophe. Sondern umschwenken auf sanfte Wege zum Überleben und zu einem entfalteten Leben. Dafür ist eine tiefgreifende Änderung der Ziele und Strukturen der politischen Macht wie des Wirtschaftens nötig. Das ist der Weg, den die GRÜNEN ALTERNATIVEN einschlagen.

Die GRÜNEN ALTERNATIVEN existieren an einem Wendepunkt unserer auf maximales Ausnutzen, auf maximales Anhäufen von Profit und Macht gerichteten Gesellschaft. In Österreich wie in anderen Ländern verlieren immer mehr Menschen das Vertrauen in die Mächtigen der alten Parteien, Verbände, Verwaltungen und Unternehmungen. Denn die Mächtigen haben bewiesen, daß sie Vertrauen nicht verdienen. Sie blockieren die Ansätze, aus der Lebensverarmung herauszukommen und ihre Bemühungen, die drohende Endkatastrophe zu vermeiden, beschleunigen erst recht die Katastrophe. Die Enttäuschung über die großen und kleinen Machthaber und über ihre Illusionen ist unentbehrlich, aber für viele Menschen könnte die nächstliegende Antwort Gewalt und noch konzentriertere Unterdrückung heißen. Ein Ruf nach neuen Führern, ob als ökologische Diktatur oder als Militarisierung der Gesellschaft in einem Rüstungs- und Plutoniumstaat.

Das wäre die Fortsetzung des alten Irrwegs mit noch schlimmeren Mitteln. Die Alternative dazu können nur die Menschen selber sein, indem sie

„Demokratie von unten“ neu gestalten, ausgehend von den eigenen Lebenswünschen und Bedürfnissen, von den eigenen Fähigkeiten und von ihrem Miteinander-Lernen. Das ist die Alternative der GRÜNEN ALTERNATIVEN.

Seit „Zwentendorf“ beginnen viele Basis-Initiativen, Protestierer und Aussteiger, „Gruppen“ in und außerhalb der Parteien, allmählich den gemeinsamen Grund ihres Aufbegehrens zu erfassen. Ihre Isolierung und die oft ideologisch oder aus unterschiedlichen Anlässen bestimmte gegenseitige Mißachtung werden abgebaut. Diesen Vorgang beschleunigen die GRÜNEN ALTERNATIVEN. In den GRÜNEN ALTERNATIVEN sammelt sich das Widerstreben

- gegen die *alltägliche Lebensverarmung*: als kranke und krankmachende Arbeit, als Kälte zwischen den Menschen und als Zwang, die anderen als Konkurrenten zu behandeln, als sinnloser Konsum, als Drohung des Existenzverlusts, als Leiden unter dem morsch gewordenen Patriarchat.
- gegen die *drohende Endkatastrophe*: als gewalttätige „Lösung der Wirtschaftskrise“ (wie sie auch in Österreich sich ankündigt, wenn aufgeheizte Gewerkschafter Leute verprügeln, die gegen Waffenproduktion protestieren) bis hin zu einem militarisierten Plutoniumstaat; als militärische Totalzerstörung (die unvermeidliche Folge eines fortgesetzten Wettrüstens); als ökologischen Zusammenbruch.
- gegen den *Machtmißbrauch* durch politische Gruppen, die als Motoren der Zerstörung wirken und die in

Parteien, Gewerkschaften, Verwaltungen und Unternehmen Macht zugunsten einer untereinander verfilzten Elite einsetzen und die den Weg zu sinnvoller Umgestaltung der Arbeit und zu einer Demokratie, die von den Lebenswünschen und Bedürfnissen der Menschen ausgeht, blockieren.

In den GRÜNEN ALTERNATIVEN schaffen sich die Widerstands- und Alternativbewegungen einen politischen Hebel, der überall anzusetzen ist, in Stadt und Land, im Bund ebenso wie in den Ländern und Gemeinden, in Wahlen und in gewählten Vertretungen ebenso wie außerhalb.

Die GRÜNEN ALTERNATIVEN sind nicht schon die Alternative. Aber die notwendige Alternative kann nur so entstehen, daß die vielfältigen Initiativgruppen im umfassenden Sinn politisch werden, das heißt: ihre Anliegen allgemeinverständlich und annehmbar zu machen, in der Absicht, eine Mehrheit für die Veränderung der Ziele und Strukturen der Macht ermöglichen.

Die GRÜNEN ALTERNATIVEN sind daher nur ein Teil der größeren Alternativbewegung, sie sind ihr öffentliches Spielbein, während das Standbein in jeder Basisgruppe an ihrem Ort bleibt.

Die GRÜNEN ALTERNATIVEN bringen die Vernetzung der einzelnen Alternativgruppen voran und machen die Anliegen der Alternativbewegung in der Öffentlichkeit mehrheitsfähig.

Von den Parteien alten Typs ist nichts zu erwarten für die notwendige Alternative; das gilt auch für Parteien, die sich zwar „grün“ oder „alternativ“ nennen, tatsächlich aber in ihrer inneren Struk-

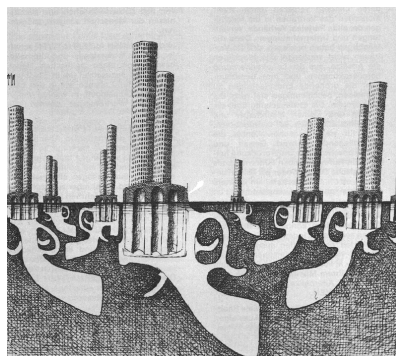
tur und in den Umgangsformen die Machtzentralisierung nachahmen, die für die alten Parteien typisch ist. Dagegen sind die GRÜNEN ALTERNATIVEN bereit, ihre innere Struktur als „Demokratie von unten“, „basisdemokratisch“ zu gestalten. Niemand soll aus der Mitarbeit in den GRÜNEN ALTERNATIVEN für sich Privilegien oder Bereicherung erwarten können. Die GRÜNEN ALTERNATIVEN sind daher wohl im Sinne des Parteiengesetzes eine „Partei“, aber eine Partei anderen Typs, die nach innen wie nach außen einer neuen politischen Kultur zur Entstehung verhilft.

Die GRÜNEN ALTERNATIVEN sind im doppelten Sinn eine Alternative: Für die vielen Einzelinitiativen, die bei allen lokalen Erfolgen in Gefahr sind, sich in Mini-Reservate einschließen zu lassen. Isoliert und aufgesplittert, können sie von Profiteuren der zerstörerischen Großapparate gegeneinander ausgespielt und in der Öffentlichkeit lächerlich gemacht oder kriminalisiert werden.

Nur wenn die Einzelinitiativen für die Mehrheit der Österreicher als Teile einer verallgemeinerungswürdigen Alternative verstehbar und annehmbar werden, sind sie die Alternative zum gegenwärtigen Zerstörungssystem. Die GRÜNEN ALTERNATIVEN sind zugleich die Alternative zur Aufsaugung und Vereinnahmung der Grünlinge und Alternativler durch die alten Parteien und Verbände. Die etablierten Parteien benutzen ihre „Grünen“ zum Stimmenfang, aber wenn Entscheidungen fällig werden, bleibt es bei der alten Tagesordnung: Zwentendorf aufsperrn und noch einige Atomkraftwerke dazu, kein Vorrang für bessere Energienutzung und Energiesparen, ein gesundheitsschädliches AKH weiterbauen, Abfangjäger und Waffenexporte, vor allem eine Art von Arbeitsplatzsicherung, die tatsächlich als „Arbeitsplatzvernichtungsmaschine“ funktioniert.

Zu beiden Abwegen sind die GRÜNEN ALTERNATIVEN die Alternative. Die GRÜNEN ALTERNATIVEN sind eigenständig gegenüber Parteien, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Unternehmen etc. Ausgehend von den einzelnen Anliegen des Umweltschutzes und der Mitsprache von Betroffenen, von elementaren Lebensansprüchen

aus, suchen die GRÜNEN ALTERNATIVEN eine Mehrheit für eine verallgemeinerungswürdige Alternative weg vom jetzigen Kurs der Lebensverarmung und zur Endkatastrophe. Die wachsende Zahl der Grünen und Alternativler, auch in den alten Abhängigkeitsverhältnissen, Apparaten, Verbänden und Parteien, und die mögliche Zusammenarbeit zwischen ihnen lassen diese angestrebte Mehrheit als ein realistisches Ziel erscheinen.



2. ALNÖ

Unsere Grundsätze sind die Grundsätze der in diesen Jahren weltweit hervorgetretenen Alternativen- und Friedensbewegung. Wir benennen sie mit den Worten ökologisch, solidarisch, basisdemokratisch, gewaltfrei. Wir sind gewillt, unser eigenes Handeln an diesen Grundsätzen zu orientieren, und wir wollen diese Grundsätze allen Niederösterreichern, in Stadt und Land, zur Auseinandersetzung und zur Zustimmung vorschlagen. Denn eine gewandelte Politik, die eine Alternative zur Lebensverarmung und zur drohenden Endkatastrophe eröffnet, kann nach unserer Meinung von diesen Grundsätzen aus entwickelt werden.

Wir leben in Koexistenz mit den Lebewesen und Elementen, die seit Jahrmillionen die Grundlage unseres Existierens und unserer Entfaltung sind. Die Natur, eine von uns nicht durchschaute Fülle von Zusammenhängen zwischen den Lebewesen und Elementen, trägt unser Leben. Leben heißt, in diese Zusammenhänge eingreifen. Aber dieses Eingreifen muß so geschehen, daß die Tragfähigkeit der Natur nicht vermindert wird. Die Zusammenhänge dürfen nicht derart zerrissen werden, daß die Fähigkeit verloren geht, den von uns angerichteten Schaden zu vermindern und wenigstens teilweise wieder gutzumachen. Diese ökologische

Grundforderung haben wir durch unser auf maximales Ausnützen, auf Profit- und Machtanhäufung gerichtetes Wirtschaftssystem verletzt. Unter den Sachzwängen dieses Wirtschaftssystems beuten wir die Naturschätze rücksichtslos aus, auch die nicht wiederherstellbaren. Wir ersticken die Natur unter unseren Abfällen.

Ökologie meint aber nicht allein die Natur außer uns, denn sie setzt sich fort in die Natur in uns. Mit der Zerstörung der Natur draußen treffen wir auch die Natur in uns selber, machen uns krank: Als Individuen, als konkrete Lebensgruppe, als Gattung.

Mit der Einführung künstlicher Stoffe, wie Plutonium, die die Millionen Jahre erprobte Koexistenz alles Lebendigen nicht mitgemacht haben und absolut lebensgefährlich sind, programmieren wir eine tödliche Bedrohung für viele Generationen, und mit dem Wettrüsten in Massenvernichtungsmitteln riskieren wir die totale Vernichtung.

Die Alternative zum jetzigen Zerstörungskurs muß ökologisch tragfähig sein; alle Alternativen, die der ökologischen Grundforderung nicht folgen, sind Scheinalternativen. Die Aneignung der Natur, die für unsere Lebensentfaltung nötige Bearbeitung der Natur darf nicht als Herrschaft über die Natur, nicht als Raub, Plünderung und Verwüstung organisiert werden, sondern als sorgsame Pflege, als einfühlsames „Gestalten mit der Natur statt gegen die Natur“.

Ökologisch meint also sehr viel mehr als Natur- und Umweltschutz, ist nicht die Illusion einer arbeitslosen Ganzheit, die in irgend ein Mittelalter hineingedacht oder aus der Steinzeit herausgedacht wäre. Die ökologische Grundforderung anerkennen, das heißt unser Arbeiten und Wirtschaften nicht länger auf maximales Ausnützen, auf Profit- und Machtanhäufung ausrichten, sondern auf die Entfaltung des Lebens in den ökologischen Grenzen. Das Überschreiten der Grenzen, welche Erziehung und Gewohnheit, Traditionen und Interessensgegensätze, Biographie und öffentliche Meinung zwischen den Menschen aufrichten, das erst ist entfaltetes Leben. Diese Grenzüberschreitung kann nur gelingen, in der Achtsamkeit vor den ökologischen Grenzen.

Das Umschwenken in eine ökologisch tragfähige Gesellschaft vollzieht sich als Abbau der Vernichtungskonkurrenz zwischen den Menschen, als Abbau des Patriarchats und anderer Herrschaftsverhältnisse. Nur eine wachsende Solidarität zwischen Menschen, die ihre Lebenswünsche und Bedürfnisse durch ihr eigenes Handeln, basisdemokratisch und gewaltfrei zur Sache der Mehrheit machen, kann die drohende ökologische Katastrophe abwenden. Nur eine Gesellschaft, die die Arbeit solidarisch organisiert und in der Konflikte mit immer weniger Gewalt ausgetragen werden, kann zur friedlichen Koexistenz mit der Natur hinfinden.

Wie wir zusammenarbeiten und wie wir miteinander kommunizieren, das entscheidet über die Qualität unseres Lebens. Denn für jeden Menschen sind andere Menschen das Wichtigste, als Freunde oder als Feinde. Vor allen anderen Fragen muß daher jede Gesellschaft die Frage beantworten, wie einem materiellen Mangel und wie der fehlenden Anerkennung von Menschen durch andere Menschen abgeholfen werden kann. Das ist die soziale Frage. Sowohl die zunehmende Lebensverarmung wie die Drohung von Katastrophen haben ihre Wurzel in einer falschen Antwort auf die soziale Frage.

Die herkömmlich alte Antwort darauf, die heute unser ganzes System des Arbeitens und Wirtschaftens bestimmt, verwandelt alle menschlichen Fähigkeiten und die Natur in bloßes Material für ein maximales Ausnutzen, für eine endlose und vom Ausnutzen diktierte Ausdehnung der Produktion (das sogenannte „Wirtschaftswachstum“). Das Mittel dazu ist eine auf rücksichtsloses Beherrschen von Natur und von Menschen programmierte Technik und Wissenschaft (das heißt heute „Fortschritt“). Die Beziehungen zwischen den Menschen verwandeln sich, hinter den Maskierungen, in eine Verdrängungs- und Vernichtungskonkurrenz. Fast niemand kann sich dem Ausnutzersystem entziehen, teils unter den Herrschaftszwängen zur alltäglichen Entsolidarisierung teils unter der Illusion, jeder Mensch würde über Märkte oder über den Sozialstaat aus der endlos steigerebaren Produktion so viele Waren an sich reißen können, daß der Mangel schwindet und jeder Mensch Anerken-

nung findet. Der Glaube, das sei die einzige mögliche Antwort auf die soziale Frage, hat bisher unser auf Ausbeutung und Zerstörung zulaufendes Wirtschaftssystem rechtfertigen können.

Aber diese Antwort war eine falsche Antwort — das wird von immer mehr Menschen unter den Erfahrungen der Lebensverarmung und drohender Katastrophen erkannt. Der Wahn vom grenzenlosen Ausnutzen ist gut für Profit- und Machtanhäufung, aber schlecht für's Leben.

Das Ausnutzersystem ist die falsche Antwort, aber immerhin war es eine Antwort auf die soziale Frage. Davor kann keine Alternative sich drücken. Der Natur- und Umweltschutz, auch die Verteidigung der Rechte von benachteiligten Minderheiten sind für sich allein noch keine Antwort auf die soziale Frage. Die Antwort darauf ist eine solidarische Gesellschaft. Das Netz sozialer Sicherheit darf im Übergang zur solidarischen Gesellschaft nicht reißen, sondern es soll verlässlicher werden.

Unser Arbeiten und unser Wirtschaften soll von den Lebenswünschen und Bedürfnissen der Menschen her neu organisiert werden. Die Menschen selber bestimmen, was, wozu und wie produziert wird. Die Zeit der Monsterprojekte ist vorbei, die Konzentration politischer und wirtschaftlicher Macht kann schrittweise abgebaut werden. Als Demokratie von unten kann die solidarische Gesellschaft eine neue Mischung von Lebens- und Produktionsweisen ermöglichen: Schädliche Produktionen schrumpfen, Lebensnotwendiges wird stetig weitererzeugt und die besonders unschädlichen und nützlichen dezentralen Produktionen werden ausgedehnt.

In der solidarischen Gesellschaft finden Menschen Anerkennung, indem sie nicht eine Verdrängungskonkurrenz organisieren, sondern mit anderen zusammen und gewaltfrei die Entfaltung von Lebenswünschen ermöglichen. Niemand wird ausgestoßen, unter keinem Vorwand, und niemand wird zum Verräter an den eigenen Lebenswünschen gezwungen. Der Abbau an krassen Unterschieden in Vermögen, Einkommen und Lebenschancen ermöglicht es, mit jeglichem Mangel so umzugehen, daß

niemand ein System des Ausnutzens und der Vernichtungskonkurrenz vorzieht. Die solidarische Gesellschaft, unsere Antwort auf die soziale Frage, ist allein imstande, in Einklang mit den ökologischen Grundforderungen zu leben.

Das Entstehen einer demokratischen Republik war ein Fortschritt, der nicht mehr rückgängig gemacht werden darf, vielmehr soll die Demokratie in Österreich vollends entfaltet werden. Das ist notwendig, weil Demokratie weiterhin ein hohles Gehäuse ist. Eine Demokratie „von oben“, in der kleine Führungscliquen in den Parteien und Verbänden vorweg die Entscheidungen programmieren, danach ihre Gefolgschaft und die öffentliche Meinung manipulieren und nachträglich vom Volk sich bestätigen lassen möchten, siehe die fortgesetzten Zwentendorfkampagnen.

Eine „Demokratie für die Oberen“, in der untereinander verfilzte Eliten in Staat und Wirtschaft eine Politik zur Ausdehnung ihrer eigenen Privilegien, von Profit und Macht betreiben, zu Lasten einer immer wachsenden Zahl von Benachteiligten, zu Lasten einer Lebensverarmung und Katastrophendrohung, die uns alle und auch die Künftigen betrifft. In nicht demokratisch gewählten Spitzengremien (die sogenannten „Sozialpartner“) setzen nur die Interessen der großen Machtblöcke sich durch, während die davon Betroffenen keine Stimme haben.

Demokratie soll daher „von unten“ her erneuert werden, „von der Basis aus“. Die Menschen selber, die von den Regeln des Zusammenarbeitens und von Verwaltungsakten betroffen sind, wollen ihre Politik selber machen. Demokratie darf nicht beschränkt bleiben auf anonyme Meinungsumfragen und das Ankreuzen von Wahlzetteln, sondern Demokratie ist eine Form der Selbstbestimmung, die in allen Lebensbereichen durchgesetzt werden soll, auch in der Wirtschaft und gegenüber Verwaltungsakten.

Die von Entscheidungen Betroffenen müssen in allen Phasen mitentscheiden können. Das verlangt einen Vorrang für kleine Einheiten, wo immer das möglich ist, für dezentrale Selbstverwaltung in Betrieben, Wohnvierteln, Gemeinden und Regionen. Soweit zentrale

Regelungen vorteilhaft sind — gerade auch bei der Verhinderung von sozialschädlichen Produktionen — sollen sie der Kontrolle der von den Schädigen Betroffenen unterworfen werden.

Demokratie muß sowohl in den formellen Festlegungen wie im Inhalt der Entscheidungen von den Lebenswünschen und Bedürfnissen der Menschen ausgehen. Daher sollen Regeln und Gewohnheiten geschaffen werden, mit denen das Entstehen von Führungskasten, die Politik für Profit- und Machtanhäufung, für ihre eigene Bereicherung und ihre Privilegien betreiben, immer wieder unterbunden werden kann.

Basisdemokratische Verfahren sollen nicht nur in Staat und Wirtschaft, sondern auch in Verbänden und Parteien gelten. Eine Partei ohne basisdemokratische Struktur wäre außers-tande, für eine solidarische Gesellschaft im Einklang mit ökologischen An-

forderungen glaubwürdig einzutreten. Wir sind bereit, die innere Struktur der Grundsätze zu gestalten, und wir wollen eine Mehrheit dafür finden, sie schrittweise auf alle Lebensbereiche anzuwenden.

Wir leben inmitten von Gewalt: häufig schon im Alltag, zwischen alt und jung, Männern und Frauen, Oberen und Unteren, als Umweltzerstörung, als strukturelle Gewalt, als Gewalt der Waren-Werbung, aber zunehmend auch als Drohung offener Gewalt, besonders als militärische Aggression und atomare Vernichtung.

Die solidarische Gesellschaft, Demokratie von unten und auf dieser Basis eine ökologisch tragfähige Gesellschaft können nur geschaffen werden, wenn Gewalt in allen Formen verringert wird, sowohl nach außen wie nach innen, sowohl die strukturelle wie die offenkundig angedrohte und angewandte Gewalt.

Wir sind bereit, die Verringerung der Gewalt mit dem Ziel der Gewaltfreiheit in unserem eigenen Handeln anzustreben. Die ALNÖ ist daher selbstverständlicher Teil der weltweit hervortretenden Friedensbewegung. Wir greifen sowohl die vielfältigen Ursachen der Kriegsvorbereitungen und Kriegsandrohungen an als auch diese Vorbereitungen selber. Die materielle und geistige Aufrüstung sind zusätzliche Motoren für Kriegsdrohungen, und müssen beide abgebaut werden. Gewaltfreiheit verlangt keine Passivität gegenüber Unrecht und Herrschaft, Gewaltfreiheit ist der Anspruch, aktiv Widerstand zu leisten gegen Unrecht und lebensbedrohende Aggression im Land wie von außen, indem die Gewalt verringert wird. Gewaltfreiheit ist nicht ein Verschleiern und Verdrängen von Konflikten, sondern das Annehmen und Austragen von Konflikten mit friedlichen Mitteln.

frei nach Kitzmüller